

Die Industrie wird auch im Jahr 2020 der zentrale Faktor für Wohlstand und Beschäftigung in Deutschland sein. Mit einer sozial-ökologischen Industriepolitik werden die Branchen des Verarbeitenden Gewerbes Vorreiter und Träger einer Niedrig-Karbon-Wirtschaft, deren nachhaltige Innovationen die Energiewende ebenso möglich gemacht haben wie mit going green-Strategien Wettbewerbsfähigkeit und Exporte gesichert werden. Industrie im Abseits? Ganz im Gegenteil, denn spätestens mit Beginn der Finanzkrise im Herbst 2008 war klar, dass diejenigen Ökonomien mit einem relativ hohen Industrialisierungsgrad weniger stark von der Krise betroffen waren als Länder, in denen die De-Industrialisierung weit fortgeschritten ist. Seitdem werden nicht nur in England die produzierenden Wirtschaftszweige stärker in den Mittelpunkt der Wirtschaftspolitik gerückt. In Frankreich kommt es im Juli 2012 zu einer aktiven Industriepolitik für die angeschlagene Autoindustrie. In Deutschland verhält es sich anders.

Da kommt der Sammelband von Martin Allespach und Astrid Ziegler (Funktionsbereich Grundsatzfragen und Gesellschaftspolitik beim Vorstand der IG Metall) „Zukunft des Industriestandortes Deutschland 2020“ gerade richtig. Die Message des Bandes lautet: Die hohe Bedeutung der Industrie und deren arbeitspolitische Instrumente würden gerne als wichtige Erklärungen für die Überwindung der Krise herangezogen wie auch die im breiten Konsens verabschiedete Energiewende als Chance für einen Einstieg in den ökologischen Umbau gelobt werde. Kaum ausgesprochen, käme dann aber die politische Kehrtwende. Im Gegensatz zu den Banken hätten industrielle Kernsektoren keine Systemrelevanz, die Energiewende wäre zu teuer, zu unsozial, konzeptionslos. Konzeptionslos sei aber vor allem die gegenwärtige Industriepolitik.

Insgesamt 16 Beiträge diskutieren den hohen Stellenwert der Industrie für Wirtschaft und Beschäftigung, weisen auf zukünftige Gefahren hin und machen konkrete Vorschläge für eine andere Industriepolitik. Die Einleitung der Herausgeber weckt die Neugier auf die weiteren Beiträge des Sammelbandes. Martin Allespach und Astrid Ziegler scheuen sich nicht, ihre Anforderungen an eine aktive Industriepolitik und an qualitatives Wachstum zu formulieren. Die gegenwärtige Politik sei einseitig wettbewerbsorientiert, setze auf „Starke stärken“ mit der eindeutigen Orientierung auf Hightech, Leuchttürme, Zukunftsbranchen, Wettbewerbe und Hochqualifizierte, während gesellschafts- und beschäftigungspolitische Aspekte keine Rolle spielen würden. Weil der Markt blind sei gegenüber sozialen und ökologischen Erfordernissen, solle eine gestaltende Politik massiv in den ökologischen Umbau investieren, nachhaltige Innovationen und grüne Technologien fördern. Grüne Innovationen müssten jedoch auch gute Jobs hervorbringen, und die seien ohne Mitbestimmung, Bildung und Qualifizierung nicht zu haben. Das sind zentrale Aussagen, die die Beiträge des Sammelbandes verbinden. Auch die These, dass eine wichtige Stärke des Indus-

triestandortes in der strukturellen Verflechtung von Hightech- und Lowtech-Bereichen liege, durchzieht den Band wie ein roter Faden. Gemeinsam mit dem Ausbau von Mitbestimmung und Gute Arbeit-Strategien liege darin ein wichtiger Anknüpfungspunkt für eine integrierte Industriepolitik. Das gelte für Greening-Strategien im Maschinenbau, wie Jürgen Dispan (IMU Stuttgart) zeigt, und genauso für neue Greentech-Leitmärkte wie die Photovoltaik (Werner Voß, Wirtschaftsberater Bremen). Und es sind auch die industriepolitischen Antworten von Frank Gerlach (ehemals Hans-Böckler-Stiftung, HBS) und Bernd Lange (SPD-Fraktion im Europäischen Parlament). Darüber hinaus verweisen sie auf die ineffektive Koordination zwischen Bundesländern, dem Bund und der EU.

Aus makroökonomischer Sicht weisen die Autorengruppe um Martin Gronig, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung Berlin, DIW), die Beiträge von Wilfried Kurtzke (IG Metall) und Christian Rammer (Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung in Mannheim, ZEW) die hohe wirtschafts- und beschäftigungspolitische Bedeutung der Industrie nach. Gefordert wird die Wiedereinführung der Strukturberichterstattung u. a. in Form eines Industriemonitorings. Interessant diskutiert Christian Rammer die Vor- und Nachteile der auf hochwertige und mittlere Technologien ausgerichteten deutschen Industrie. Die Beherrschung unterschiedlicher Technologien, die große Bedeutung von Erfahrungswissen, die Ausrichtung auf globale Märkte und eher kontinuierlicher als abrupter technologischer Wandel gehöre zu den Stärken insbesondere der Automobilindustrie und des Maschinenbaus. Nachteile lägen vor allem darin, dass die mittelfristigen Perspektiven für diese Industrien immer unsicherer werden. Oliver Som und Steffen Kinkel (Fraunhofer Institut für System- und Innovationsforschung in Karlsruhe, ISI) konkretisieren sehr anschaulich die enge Verknüpfung zwischen Hightech- und Lowtech-Bereichen entlang von Wertschöpfungsketten. Gerade die Industriebereiche mit geringen FuE-Leistungen seien sehr stark inlandsvernetzt, hätten hohe Beschäftigungseffekte und lieferten wichtige Innovationen für die exportorientierten Kernsektoren. Dass mit Innovationen nicht nur Produktinnovationen gemeint sind, stellen auch Tanja Fondel und Jochen Schroth (IG Metall) anhand der erfolgreichen IG Metall-Kampagne „besser statt billiger-Strategien“ heraus.

Kora Kristof (Umweltbundesamt) bietet ein ganzes Programm im Blick auf die Erhöhung der Ressourceneffizienz. Sie fordert nicht nur eine massive Weiterbildung der in diesem Feld wirkenden Berater, eine virtuelle Ressourcenuniversität und eine Enquete-Kommission „Ressourceneffizienz und Nachhaltigkeit im Finanzsektor“, sondern zeigt auch Wege auf, wie ressourcensparsam produziert und konsumiert werden kann. Heike Solga (Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, WZB) stellt sehr verständlich die drei bestehenden Ausbildungssysteme und deren Stärken und Schwächen vor. Sie fordert die innerhalb der Gewerkschaften noch strittige höhere horizontale Durchlässigkeit der Systeme durch die Mo- ▶



MARTIN ALLESPACH/
ASTRID ZIEGLER (HRSG.):
ZUKUNFT DES
INDUSTRIESTANDORTES
DEUTSCHLAND 2020

Schüren Verlag,
Marburg 2012

ISBN 978-3-89472-233-3,
344 Seiten, 19,90 €

dularisierung von Ausbildung. Das Denken in Berufen sei zu ausgeprägt, besser sei ein Denken in Bildungsbiografien, weil es eine Verschiebung von Erfahrungswissen hin zu systematischen Wissen gäbe, lautet ihre These.

In der Automobilindustrie (Heinz-Rudolf Meißner, Forschungsgemeinschaft für Außenwirtschaft, Struktur- und Technologiepolitik, Fast e.V. Berlin) habe sich mit der Nationalen Plattform Elektromobilität ein neues industriepolitisches Instrument bewährt. Ohne weitere industriepolitische Unterstützung würden allerdings die hochgesteckten Ziele bis 2020 nicht zu erreichen sein. Leitmarkt für Elektromobilität zu werden, sei auch das Ziel der chinesischen Industriepolitik, wie Margot Schüller (Leibniz Institut für Globale und Regionale Studien, GIGA Hamburg) in ihrem Beitrag über die Industriepolitik in den BRIC-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China) anhand der aktiven Rolle des chinesischen Staates zeigt.

Insgesamt gibt der Sammelband einen detaillierten Einblick in die Stärken und Schwächen der deutschen Industrie. Die Darlegung von Komplementaritäten zwischen wissensintensiven und weniger wissensintensiven Bereichen, zwischen Fertigung und Dienstleistungen und von Wertschöpfungszusammenhängen sei eine wichtige Voraussetzung für eine neue, aktive Industriepolitik, die alle Autoren einfordern. Vor allem Jürgen Dispan, aber auch Martin Allesspach und Astrid Ziegler weisen in ihrem Fazit darüber hinaus auf die Gefahren neuer Formen von prekärer Beschäftigung hin. Ein eigener Beitrag zu diesem Thema wäre sehr wünschenswert gewesen, da Befristungen, Werkverträge und Leiharbeit in der Industrie weit verbreitet sind. Mit Blick auf eine zukunftsfähige Niedrig-Karbon-Industrie im Jahr 2020 und darüber hinaus gibt es bezüglich der im Sammelband geforderten aktiven Industriepolitik noch viel zu tun. ■

ANTJE BLÖCKER, BOCHUM